

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 2001

Ausgegeben am 28. August 2001

Teil III

202. Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Estland über die Übernahme von Personen (Rückübernahmeabkommen) samt Protokoll

202.

ABKOMMEN

zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Estland über die Übernahme von Personen (Rückübernahmeabkommen)

Die Österreichische Bundesregierung und die Regierung der Republik Estland (im weiteren Vertragsparteien genannt),

ausgehend von den freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten und ihren Völkern,

in der Absicht, der illegalen Zuwanderung im Geiste der europäischen Anstrengungen entgegenzutreten,

von dem Bestreben geleitet, die Übernahme von Personen, die illegal eingereist sind oder sich illegal auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei aufhalten, und die Durchbeförderung von Personen im Einklang mit allgemeinen völkerrechtlichen Normen und im Geiste der Zusammenarbeit zu erleichtern,

haben folgendes vereinbart:

Abschnitt I

Übernahme eigener und früherer eigener Staatsangehöriger

Artikel 1

(1) Jede Vertragspartei übernimmt formlos die Person, die im Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei die geltenden Voraussetzungen für die Einreise oder den Aufenthalt nicht oder nicht mehr erfüllt, wenn nachgewiesen oder glaubhaft gemacht wird, daß sie die Staatsangehörigkeit der ersuchten Vertragspartei besitzt. Das gleiche gilt für Personen, die nach der Einreise in das Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei die Staatsangehörigkeit der ersuchten Vertragspartei verloren haben, ohne zumindest eine Einbürgerungszusicherung seitens der ersuchenden Vertragspartei erhalten zu haben, oder denen von der ersuchten Vertragspartei zu Unrecht ein Reisedokument ausgestellt wurde.

(2) Die ersuchende Vertragspartei nimmt diese Personen unter denselben Voraussetzungen wieder zurück, wenn die Nachprüfung innerhalb von sechs Monaten ergibt, daß sie zum Zeitpunkt der Ausreise aus dem Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei nicht die Voraussetzungen nach Absatz 1 erfüllt haben.

Artikel 2

(1) Falls die Staatsangehörigkeit nicht entsprechend Artikel 1 Absatz 1 festgestellt werden kann, wird die diplomatische Mission oder konsularische Vertretung jener Vertragspartei, deren Staatsangehörigkeit die Person vermutlich besitzt, diese auf Ersuchen klarstellen und erforderlichenfalls ein Ersatzreisedokument zur Verfügung stellen.

(2) Die ersuchte Vertragspartei beantwortet die an sie gerichteten Ersuchen gemäß Absatz 1 unverzüglich, längstens jedoch innerhalb von 14 Tagen. Stellt die ersuchte Vertragspartei die Staatsangehörigkeit fest, so stellt sie das allenfalls erforderliche Ersatzreisedokument unverzüglich aus. Läßt sich die Staatsangehörigkeit nicht feststellen, so wird sie der ersuchenden Vertragspartei die Gründe hierfür mitteilen.

(3) Die Rückkehr erfolgt unverzüglich, längstens jedoch innerhalb von 30 Tagen nach Feststellung der Staatsangehörigkeit. Diese Frist wird auf Ersuchen für die Dauer rechtlicher oder tatsächlicher Hindernisse weiter verlängert. Die ersuchende Vertragspartei informiert die ersuchte Vertragspartei unverzüglich über den Wegfall dieser Hindernisse.

Artikel 3

Die Übergabe einer Person, die wegen ihres Alters, Gesundheitszustandes oder aus anderen schwerwiegenden Gründen besonderer Pflege bedarf oder bei der besondere Schutz- oder Sicherheitsmaßnahmen erforderlich sind, wird der zuständigen Stelle jener Vertragspartei, deren Staatsangehörigkeit die Person besitzt, mindestens eine Woche vorher unter Angabe des Ortes und des Zeitpunkts der Übergabe angekündigt, damit diese Vertragspartei die notwendigen Maßnahmen zur Übernahme der Person treffen kann.

Abschnitt II

Übernahme von Drittstaatsangehörigen und Staatenlosen

Artikel 4

(1) Jede Vertragspartei übernimmt auf Antrag der anderen Vertragspartei Drittstaatsangehörige oder Staatenlose, welche die auf dem Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei gültigen Voraussetzungen für die Einreise oder den Aufenthalt nicht oder nicht mehr erfüllen, sofern nachgewiesen oder glaubhaft gemacht wird, daß diese Personen in das Gebiet der ersuchenden Vertragspartei eingereist sind, nachdem sie sich auf dem Gebiet der ersuchten Vertragspartei aufgehalten haben oder durch jenes durchgereist sind.

(2) Die Verpflichtung zur Übernahme gemäß Absatz 1 besteht nicht für:

1. Staatsangehörige dritter Staaten oder Staatenlose, die bei ihrer Einreise in das Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei im Besitz eines gültigen Visums oder eines anderen gültigen Aufenthaltstitels dieser Vertragspartei waren oder denen bei oder nach ihrer Einreise ein Visum oder ein anderer Aufenthaltstitel durch diese Vertragspartei ausgestellt wurde, es sei denn, daß diese Personen Visa oder andere Aufenthaltstitel besitzen, die von der ersuchten Vertragspartei ausgestellt wurden und die länger gültig sind als die Visa oder anderen Aufenthaltstitel der ersuchenden Vertragspartei;
2. Staatsangehörige dritter Staaten, mit denen die ersuchende Vertragspartei Abkommen über die Abschaffung der Visumpflicht geschlossen hat, es sei denn, eine solche Person wäre im Zuge einer Schlepperaktion vom Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei in das Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei gelangt;
3. Staatsangehörige dritter Staaten oder Staatenlose, die nach Verlassen des Hoheitsgebietes der ersuchten Vertragspartei und vor Betreten des Hoheitsgebietes der ersuchenden Vertragspartei ein Visum eines anderen Staates erhalten haben, es sei denn, eine solche Person wäre im Zuge einer Schlepperaktion vom Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei in das Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei gelangt oder sie hätte sich das Visum unter Verwendung ge- oder verfälschter Dokumente erschlichen;
4. Staatsangehörige dritter Staaten oder Staatenlose, denen die ersuchende Vertragspartei entweder den Flüchtlingsstatus gemäß der Genfer Konvention vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge¹⁾, abgeändert durch das Protokoll von New York vom 31. Jänner 1967²⁾, oder den Status von Staatenlosen gemäß der Konvention von New York vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen zuerkannt hat;
5. Staatsangehörige eines Staates, mit dem die ersuchende Vertragspartei eine gemeinsame Grenze hat oder der räumlich zwischen den Hoheitsgebieten der Vertragsparteien liegt, und Staatsangehörige dritter Staaten oder Staatenlose, die in einem solchen Staat zum dauernden Aufenthalt berechtigt sind, sofern die Ausreise in diesen Staat möglich ist.

Artikel 5

Als Aufenthaltstitel im Sinne dieses Rückübernahmeabkommens gilt jede von einer Vertragspartei ausgestellte Erlaubnis gleich welcher Art, die zum Aufenthalt in deren Hoheitsgebiet berechtigt. Hiezu zählt nicht die befristete Zulassung zum Aufenthalt im Hoheitsgebiet einer der Vertragsparteien im Hinblick auf die Behandlung eines Asylbegehrens.

¹⁾ Kundgemacht in BGBl. Nr. 55/1955

²⁾ Kundgemacht in BGBl. Nr. 78/1974

Artikel 6

(1) Der Antrag auf Übernahme muß innerhalb von zwölf Monaten nach Kenntnis der ersuchenden Vertragspartei von der rechtswidrigen Einreise oder des rechtswidrigen Aufenthalts des Drittstaatsangehörigen oder des Staatenlosen gestellt werden.

(2) Die ersuchte Vertragspartei beantwortet die an sie gerichteten Übernahmeanträge unverzüglich, längstens jedoch innerhalb von 14 Tagen. Lehnt die ersuchte Vertragspartei die Übernahme ab, so wird sie der ersuchenden Vertragspartei die Ablehnungsgründe mitteilen.

(3) Die zuständigen Stellen der Vertragsparteien verständigen einander schriftlich im voraus über Ort und Zeitpunkt der Übernahme.

(4) Die Übernahme des Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen erfolgt unverzüglich, längstens jedoch innerhalb von drei Monaten, nachdem die ersuchte Vertragspartei der Übernahme zugestimmt hat. Diese Frist wird auf Antrag der ersuchenden Vertragspartei für die Dauer rechtlicher oder tatsächlicher Hindernisse verlängert.

Artikel 7

Die ersuchende Vertragspartei nimmt einen Drittstaatsangehörigen oder einen Staatenlosen zurück, wenn die ersuchte Vertragspartei nach der Übernahme feststellt, daß die Voraussetzungen nach Artikel 4 nicht vorgelegen haben.

Abschnitt III

Durchbeförderung

Artikel 8

(1) Jede Vertragspartei übernimmt die polizeiliche Durchbeförderung von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen, wenn die andere Vertragspartei darum ersucht und die Übernahme durch den Zielstaat und die Weiterreise durch allfällige weitere Durchbeförderungsstaaten sichergestellt ist.

(2) Die Durchbeförderung wird nicht beantragt und kann abgelehnt werden, wenn die Person im Zielstaat oder in einem allfälligen weiteren Durchbeförderungsstaat Gefahr läuft, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe oder der Todesstrafe unterworfen zu werden, oder in seinem Leben oder seiner Freiheit aus Gründen seiner Rasse, seiner Religion, seiner Nationalität, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder seiner politischen Ansichten bedroht wäre. Die Durchbeförderung kann weiters abgelehnt werden, wenn der Drittstaatsangehörige im ersuchten Staat strafgerichtlich verfolgt werden müßte oder ihm im Zielstaat oder in einem allfälligen weiteren Durchbeförderungsstaat strafrechtliche Verfolgung droht.

(3) Lehnt die ersuchte Vertragspartei das Ersuchen um Durchbeförderung mangels Vorliegens der erforderlichen Voraussetzungen ab, so wird sie der ersuchenden Vertragspartei die Ablehnungsgründe mitteilen.

(4) Ein Transitvisum der ersuchten Vertragspartei ist nicht erforderlich.

(5) Trotz erteilter Bewilligung können zur Durchbeförderung übernommene Personen an die andere Vertragspartei zurückgegeben werden, wenn nachträglich Tatsachen im Sinne des Absatzes 2 eintreten oder bekannt werden, die einer Durchbeförderung entgegenstehen, oder wenn die Weiterreise oder die Übernahme durch den Zielstaat nicht mehr gesichert ist.

Abschnitt IV

Begleitung

Artikel 9

(1) Sofern die Beförderung von Personen, die gemäß den Artikeln 3 oder 4 übernommen oder gemäß Artikel 8 durchbefördert werden, unter Begleitung erfolgen soll, wird die ersuchte Vertragspartei von der ersuchenden Vertragspartei hievon in Kenntnis gesetzt.

(2) Die Begleitung bis zur Übergabe der Person an die ersuchte Vertragspartei wird grundsätzlich von der ersuchenden Vertragspartei beigestellt.

(3) Erfolgt die Beförderung von Personen, die gemäß Artikel 8 durchbefördert werden, unter Begleitung des Personals der ersuchenden Vertragspartei, so überwacht die ersuchte Vertragspartei im Falle der Weiterreise auf dem Luftweg die Zwischenlandung auf ihrem Flughafen.

(4) Das Begleitpersonal der ersuchenden Vertragspartei darf die internationale Zone des Flughafens der ersuchten Vertragspartei nicht verlassen.

Abschnitt V**Kosten****Artikel 10**

Alle mit der Übernahme gemäß den Artikeln 3 und 4 zusammenhängenden Kosten bis zur Grenze der ersuchten Vertragspartei sowie die Kosten der Durchbeförderung gemäß Artikel 8 trägt die ersuchende Vertragspartei. Das gleiche gilt für die Fälle der Rückübernahme gemäß Artikel 1 Absatz 2 und Artikel 7.

Abschnitt VI**Datenschutz****Artikel 11**

(1) Soweit für die Durchführung dieses Abkommens personenbezogene Daten zu übermitteln sind, dürfen diese Informationen ausschließlich betreffen:

1. die Personalien der zu übergebenden Person und gegebenenfalls der Angehörigen (Name, Vorname, gegebenenfalls früherer Name, weitere mögliche Namen, Geburtsdatum und -ort, Geschlecht, derzeitige und gegebenenfalls frühere Staatsangehörigkeit);
2. den Reisepaß, den Personalausweis, sonstige Identitäts- und Reisedokumente und Passierscheine (Nummer, Gültigkeitsdauer, Ausstellungsdatum, ausstellende Behörde, Ausstellungsort usw.);
3. sonstige zur Identifizierung der zu übergebenden Personen erforderliche Angaben;
4. die Aufenthaltsorte und Reisewege;
5. die ausgestellten Aufenthaltstitel oder Visa;
6. allenfalls vorhandenes erkennungsdienstliches Material, das für die Prüfung der Übernahmeveraussetzungen nach diesem Abkommen von Belang sein könnte.

(2) Soweit personenbezogene Daten im Rahmen dieses Abkommens übermittelt werden, gelten die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jede Vertragspartei geltenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften:

1. Die Verwendung der Daten durch den Empfänger ist nur zu dem angegebenen Zweck und zu den durch die übermittelnde Behörde vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.
2. Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Behörde auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
3. Personenbezogene Daten dürfen nur an die zuständigen Stellen übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen.
4. Die übermittelnde Behörde ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist es sich, daß unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.
5. Die übermittelnde und empfangende Behörde sind verpflichtet, die Übermittlung von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
6. Die übermittelnde und die empfangende Behörde sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.
7. Übermittelte Daten, die von der übermittelnden Behörde gelöscht werden, sind binnen sechs Monaten auch vom Empfänger zu löschen.

Abschnitt VII**Durchführungsbestimmungen****Artikel 12**

Die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlichen weiteren Regelungen über

1. die Art und Weise der gegenseitigen Verständigung und die praktische Vorgangsweise,
2. die Angaben, die in den Übernahme- und Durchbeförderungsanträgen enthalten sein müssen,
3. die Unterlagen und Beweismittel bzw. Mittel zur Glaubhaftmachung, die zur Übernahme erforderlich sind, und die Wertigkeit dieser Mittel,
4. die für die Durchführung dieses Abkommens zuständigen Stellen,

5. die Kostenregelung und
6. die Abhaltung von Expertengesprächen
werden in einem Protokoll zur Durchführung dieses Abkommens vereinbart.

Abschnitt VIII **Schlußbestimmungen**

Artikel 13

Die Vertragsparteien unterstützen einander bei der Anwendung und Auslegung dieses Abkommens und des Durchführungsprotokolls. Streitigkeiten, die aus der Anwendung und der Interpretation dieses Abkommens entstehen könnten, werden auf diplomatischem Weg beigelegt werden.

Artikel 14

Die Bestimmungen dieses Abkommens lassen die Verpflichtungen der Vertragsparteien aus der Anwendung anderer völkerrechtlicher Abkommen unberührt.

Artikel 15

Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des darauffolgenden Monats nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander auf diplomatischem Wege mitgeteilt haben, daß ihre jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

Artikel 16

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Es kann im beiderseitigen Einvernehmen geändert oder ergänzt werden.

(2) Jede Vertragspartei kann dieses Abkommen auf diplomatischem Weg kündigen. Die Kündigung wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf den Monat folgt, in dem die Notifikation der anderen Vertragspartei zugegangen ist.

(3) Jede Vertragspartei kann dieses Abkommen aus Gründen der öffentlichen Sicherheit, Ordnung oder Gesundheit suspendieren. Die Suspendierung, die auf diplomatischem Weg zu erfolgen hat, tritt mit Einlangen der Notifikation bei der anderen Vertragspartei in Kraft.

GESCHEHEN zu Tallinn am 20. Juni 2001 in zwei Urschriften in deutscher und estnischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind.

Für die Österreichische Bundesregierung:

Strasser m. p.

Für die Regierung der Republik Estland:

Loodus m. p.

Protokoll
zur Durchführung des Abkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und
der Regierung der Republik Estland über die Übernahme von Personen
(Rückübernahmeabkommen)

Auf der Grundlage von Artikel 12 des Abkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Estland über die Übernahme von Personen (im folgenden Rückübernahmeabkommen genannt), haben die Österreichische Bundesregierung und die Regierung der Republik Estland folgendes vereinbart:

I. Zu Artikel 1

(1) Der Nachweis der Staatsangehörigkeit oder der früheren Staatsangehörigkeit kann geführt werden durch:

- Staatsbürgerschaftsurkunden;
- Pässe aller Art (Nationalpässe, Sammelpässe, Diplomatenpässe, Dienstpässe, Paßersatzpapiere);
- Personalausweise;
- Wehrpässe und Militärausweise;
- amtlich ausgestellte Dokumente, aus denen sich die Staatsangehörigkeit ergibt;
- Seefahrtsbücher und Schifferausweise;
- schriftliche Behördenauskünfte mit eindeutigen Aussagen.

(2) Bei der Vorlage der in Absatz 1 genannten gültigen Nachweise wird die Staatsangehörigkeit als verbindlich anerkannt, ohne daß es weiterer Erhebungen bedarf.

(3) Die Glaubhaftmachung der Staatsangehörigkeit kann insbesondere erfolgen durch:

- Kopien der unter Absatz 1 genannten Nachweismittel;
- Führerscheine;
- Geburtsurkunden;
- Firmenausweise;
- amtliche Ausweise, ausgestellt von staatlichen Institutionen, Landeskreisen und Gemeinden;
- Kopien der genannten Dokumente;
- Zeugenaussagen;
- eigene Angaben des Betroffenen;
- die Sprache des Betroffenen.

(4) Für den Fall der Glaubhaftmachung gilt die Staatsangehörigkeit unter den Vertragsparteien als feststehend, solange die ersuchte Vertragspartei dies nicht widerlegt hat.

(5) Die in den Absätzen 1 und 3 angeführten Dokumente genügen auch dann als Nachweis oder Glaubhaftmachung der Staatsangehörigkeit, wenn sie durch Zeitablauf ungültig geworden sind.

(6) Nimmt die ersuchende Vertragspartei eine Person wieder zurück, weil nachträglich festgestellt wurde, daß sie nicht im Besitz der Staatsangehörigkeit der ersuchten Vertragspartei war, so muß diese alle Dokumente dieser Person der ersuchenden Vertragspartei retournieren.

II. Zu Artikel 2 Absatz 1

Das Ersuchen um Feststellung der Staatsangehörigkeit muß, abgesehen von den Personaldaten, erforderlichenfalls folgende Angaben enthalten:

- die für die Feststellung der Staatsangehörigkeit notwendigen Informationen;
- Hinweise auf eine etwaige auf Krankheit oder Alter beruhende besondere Hilfs-, Pflege- oder Betreuungsbedürftigkeit der zu übergebenden Person mit deren Einverständnis;
- sonstige im Einzelfall bei der Übergabe erforderliche Schutz- oder Sicherheitsmaßnahmen.

III. Zu Artikel 4 Absatz 1

(1) Der Antrag auf Übernahme muß Angaben über die Nachweis- oder Glaubhaftmachungsmittel für den Aufenthalt auf dem Staatsgebiet der ersuchten Vertragspartei oder die Durchreise durch dieses und, soweit möglich, die folgenden weiteren Angaben enthalten:

- die Personalien der zu übergebenden Person (Vor- und Familiennamen, frühere Namen, weitere mögliche Namen, Geburtsdatum und -ort, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, letzter Wohnort im Herkunftsstaat);
- die Personaldokumente (insbesondere Art, Nummer, Ausstellungsort, -datum und -behörde, Gültigkeitsdauer);
- Tag, Ort und Art der rechtswidrigen Einreise;

- Angaben zum rechtswidrigen Aufenthalt;
- Angaben zur Einreise des Betroffenen im Zuge einer Schlepperaktion in den Fällen des Artikels 4 Absatz 2 Ziffern 2 und 3 des Rückübernahmeabkommens;
- eine etwaige auf Krankheit oder Alter beruhende besondere Hilfs-, Pflege- oder Betreuungsbedürftigkeit der zu übergebenden Person mit deren Einverständnis;
- etwaige sonstige im Einzelfall bei der Übergabe erforderliche Schutz- oder Sicherheitsmaßnahmen und im Falle der Begleitung Angaben zu den Begleitpersonen;
- Sprachkenntnisse der zu übergebenden Person, insbesondere die Notwendigkeit der Hinzuziehung eines Dolmetschers;
- Zeit und Ort der beabsichtigten Übergabe.

(2) Der Aufenthalt auf dem Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei oder die Durchreise durch dieses wird nachgewiesen durch:

- ein gültiges oder ein seit weniger als einem Jahr abgelaufenes Visum oder einen gültigen oder einen seit weniger als einem Jahr abgelaufenen anderen Aufenthaltstitel der ersuchten Vertragspartei;
- einen Einreise- oder Ausreisestempel der ersuchten Vertragspartei, auch wenn sich dieser in einem ge- oder verfälschtem Reisedokument befindet;
- Flugtickets, Bescheinigungen und Rechnungen, die eindeutig den Aufenthalt der Person auf dem Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei belegen;
- sonstige Vermerke der ersuchten Vertragspartei in Reisedokumenten, die Hinweise auf den Aufenthalt im Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei geben.

Ein in dieser Weise erfolgter Nachweis wird unter den Vertragsparteien als verbindlich anerkannt, ohne daß weitere Erhebungen durchgeführt werden.

(3) Der Aufenthalt auf dem Staatsgebiet der ersuchten Vertragspartei oder die Durchreise durch dieses wird glaubhaft gemacht durch:

- ein seit mehr als einem Jahr abgelaufenes Visum oder einen seit mehr als einem Jahr abgelaufenen anderen Aufenthaltstitel der ersuchten Vertragspartei;
- Fahrkarten und sonstige Belege, die den Aufenthalt auf dem Staatsgebiet der ersuchten Vertragspartei belegen;
- Zeugenaussagen in Verbindung mit einer behördlichen Niederschrift;
- Aussagen des Betroffenen in Verbindung mit einer behördlichen Niederschrift.

Eine in dieser Weise erfolgte Glaubhaftmachung gilt zwischen den Vertragsparteien als feststehend, solange die ersuchte Vertragspartei dies nicht widerlegt hat.

(4) Die für die Stellung und Erledigung von Anträgen auf Übernahme zuständigen Behörden sind:

- auf österreichischer Seite:
Bundesministerium für Inneres,
Abteilung III/16,
Adresse: A-1014 Wien, Postfach 100
Tel. Nr.: +43/1/531 26/46 21
Fax-Nr.: +43/1/531 26/46 48
- auf estnischer Seite:
Grenzschutzamt der Republik Estland
Adresse: 15183 Tallinn Toompea 1
Tel. Nr.: 372 6316 003 (Lagezentrum/Dauerdienst)
Fax-Nr.: 372 6316 004

IV. Zu Artikel 6

(1) Die Übergabe erfolgt an dem zwischen den Vertragsparteien vereinbarten Ort zum vereinbarten Zeitpunkt.

(2) Im Fall der Fristverlängerung infolge rechtlicher oder tatsächlicher Hindernisse unterrichtet die ersuchende Vertragspartei unter Angabe des beabsichtigten Übergabeortes und des Überstellungstermins die ersuchte Vertragspartei unverzüglich über den Wegfall dieser Hindernisse.

(3) Die erfolgte Übergabe wird in einem Protokoll festgehalten.

V. Zu Artikel 7

Nimmt die ersuchende Vertragspartei auf begründeten Antrag der ersuchten Vertragspartei eine Person wieder zurück, weil nachträglich festgestellt wurde, daß die Übernahmeveraussetzungen nicht vorlagen, so müssen alle Dokumente dieser Person der ersuchenden Vertragspartei retourniert werden.

VI. Zu Artikel 8

- (1) Der Antrag auf Durchbeförderung muß, soweit möglich, die folgenden Angaben enthalten:
- die Personalien der durchzubefördernden Person (insbesondere Vor- und Familiennamen, frühere Namen, weitere mögliche Namen, Geburtsdatum und -ort, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, letzter Wohnort im Herkunftsstaat);
 - die Personaldokumente (insbesondere Art, Nummer, Gültigkeitsdauer);
 - die Erklärung, daß die Voraussetzungen gemäß Artikel 8 Absatz 1 des Rückübernahmeabkommens erfüllt sind und keine Ablehnungsgründe gemäß Artikel 8 Absatz 2 des Rückübernahmeabkommens bekannt sind;
 - eine etwaige auf Krankheit oder Alter beruhende besondere Hilfs-, Pflege- oder Betreuungsbedürftigkeit der durchzubefördernden Person mit deren Einverständnis;
 - etwaige sonstige im Einzelfall erforderliche Schutz- oder Sicherheitsmaßnahmen; im Falle der Begleitung Angaben zu den Begleitpersonen;
 - Datum, Zeit und Ort der Durchbeförderung sowie die weitere Durchbeförderungsrouten.

(2) Die ersuchte Vertragspartei benachrichtigt die ersuchende Vertragspartei unter Bestätigung des Datums, der Zeit und des Ortes unverzüglich über die Übernahme zur Durchbeförderung oder über die Ablehnung der Übernahme und die Gründe der Ablehnung.

(3) Die erfolgte Übergabe bzw. die Überwachung der Zwischenlandung wird in einem Protokoll festgehalten.

(4) Die für die Stellung und Erledigung von Anträgen auf Durchbeförderung zuständigen Behörden sind:

- auf österreichischer Seite:
Bundesministerium für Inneres,
Abteilung III/16,
Adresse: A-1014 Wien, Postfach 100
Tel. Nr.: +43/1/531 26/46 21
Fax-Nr.: +43/1/531 26/46 48
- auf estnischer Seite:
Grenzschutzamt der Republik Estland
Adresse: 15183 Tallinn Toompea 1
Tel. Nr.: 372 6316 003 (Lagezentrum/Dauerdienst)
Fax-Nr.: 372 6316 004

VII. Zu Artikel 10

Die Kosten werden an das Innenministerium der ersuchten Vertragspartei innerhalb von 60 Tagen ab Erhalt der Rechnung überwiesen.

VIII. Expertengespräche

Zwischen Experten der beiden Vertragsparteien werden nach Bedarf Gespräche, insbesondere über die Anwendung des Abkommens und dieses Protokolls sowie über allfällige Änderungen dieser Vereinbarung abgehalten werden. Zeit und Ort solcher Gespräche werden jeweils einvernehmlich festgelegt.

IX. Schlußbestimmungen

(1) Das vorliegende Protokoll tritt gleichzeitig mit dem Rückübernahmeabkommen in Kraft. Es kann im gegenseitigen Einvernehmen jederzeit geändert werden.

(2) Im Falle des Außerkrafttretens des Rückübernahmeabkommens tritt gleichzeitig auch dieses Protokoll außer Kraft.

GESCHEHEN zu Tallinn am 20. Juni 2001 in zwei Urschriften in deutscher und estnischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind.

Für die Österreichische Bundesregierung:
Strasser m. p.

Für die Regierung der Republik Estland:
Loodus m. p.

**Austria Vabariigi valitsuse
ja
Eesti Vabariigi valitsuse
vaheline kokkulepe isikute tagasivõtmise kohta
(Tagasivõtmiskokkulepe)**

Austria Vabariigi valitsus ja Eesti Vabariigi valitsus (edaspidi lepingupoole),

lähtudes mõlema riigi ja rahva sõbralikest suhetest,

soovides võidelda illegaalse sisserändega Euroopa püüdluste vaimus,

juhindudes soovist lihtsustada teise lepingupoole valitsemisalas ebaseaduslikult viibivate isikute tagasivõtmist ja nende transiiti kooskõlas rahvusvahelise õiguse üldtunnustatud normidega ja vastastikuse koostöö vaimus,

on kokku leppinud alljärgnevas:

I peatükk

Oma riigi kodanike ja oma riigi varasemate kodanike tagasivõtmine

Artikkel 1

- (1) Kumbki lepingupool võtab ilma formaalsusteta tagasi isiku, kes taotluse esitanud lepingupoole valitsemisalal ei täida või enam ei täida riiki sisenemise või seal viibimise kehtivaid tingimusi, kui on tõendatud või usutavalt tõendatud, et isikul on tagasivõtmistaotluse saanud lepingupoole kodakondsus. Sama kehtib ka isikute kohta, kes on pärast taotluse esitanud lepingupoole valitsemisalale sisenemist kaotanud taotluse saanud lepingupoole kodakondsuse, ilma vähemalt taotluse esitanud lepingupoole poolt kodakondsuse andmise nõusolekut kinnitavat dokumenti saamata või kui taotluse saanud lepingupool on antud isikutele ekslikult väljastanud reisidokumendi.
- (2) Taotluse esitanud lepingupool võtab need isikud samadel tingimustel uuesti tagasi, kui kuue kuu jooksul läbi viidud järelkontrollimise käigus selgub, et nad ei vastanud taotluse esitanud lepingupoole valitsemisalalt lahkumise ajal lõikes 1 esitatud tingimustele.

Artikkel 2

- (1) Juhul, kui kodakondsust vastavalt artikli 1 lõikele 1 kindlaks teha ei saa, tuvastab selle taotluse korral selle lepingupoole diplomaatiline missioon või konsulaaresindus, kelle kodakondsus isikul arvatavasti on, ja väljastab vajadusel reisidokumenti asendava dokumendi.

- (2) Taotluse saanud lepingupool vastab talle vastavalt lõikele 1 esitatud taotlusele viivitamatult, kuid mitte hiljem kui 14 päeva jooksul. Kui taotluse saanud lepingupool teeb kodakondsuse kindlaks, väljastab ta viivitamatult vajaliku reisidokumenti asendava dokumendi. Kui kodakondsust pole võimalik kindlaks teha, siis teavitab taotluse saanud lepingupool taotluse esitanud lepingupoolt selle põhjustest.
- (3) Tagasipöördumine leiab aset viivitamatult, kuid mitte hiljem kui 30 päeva jooksul peale kodakondsuse kindlakstegemist. Taotluse korral pikendatakse antud tähtaega tekkinud õiguslike ja praktiliste takistuste püsimise ajaks. Taotluse esitanud lepingupool informeerib viivitamatult taotluse saanud lepingupoolt antud takistuste kõrvaldamisest.

Artikkel 3

Isiku, kes tulenevalt tema vanusest, tervislikust seisundist või muudest mõjuvatest põhjustest vajab erilist hooldust või kelle puhul on vajalikud erilised kaitse- või julgeolekumeetmed, tagasisaatmisel teavitatakse selle lepingupoole, kelle kodakondsus isikul on, pädevat ametkonda vähemalt üks nädal üleandmise kohast ja ajast ette, et antud lepingupool saaks tarvitusele võtta isiku ülevõtmiseks vajalikud abinõud.

II peatükk

Kolmandate riikide kodanike ja kodakondsuseta isikute tagasivõtmine

Artikkel 4

- (1) Kumbki lepingupool võtab teise lepingupoole palvel tagasi kolmanda riigi kodanikud või kodakondsuseta isikud, kes taotluse esitanud lepingupoole valitsemisalal ei täida või enam ei täida riiki sisenemiseks või seal viibimiseks kehtivaid tingimusi, kui on tõendatud või usutavalt tõendatud, et antud isikud on sisenenud taotluse esitanud lepingupoole valitsemisalale peale taotluse saanud lepingupoole valitsemisalal viibimist või nad on selle läbinud transiidi käigus.
- (2) Tagasisaatmiskohustus vastavalt lõikele 1 ei laiene:
 1. kolmandate riikide kodanikele või kodakondsuseta isikutele, kes sisenemisel taotluse esitanud lepingupoole valitsemisalale omasid selle lepingupoole kehtivat viisat või mõnda kehtivat viibimisluba või kellele väljastati sisenemisel või peale sisenemist selle lepingupoole viisa või mõni muu viibimisluba, välja arvatud juhul, kui sellistel isikutel on viisad või mõned muud viibimisload, mis väljastati taotluse saanud lepingupoole poolt ja mis kehtivad kauem kui taotluse esitanud lepingupoole viisad või viibimisload;
 2. kolmandate riikide, millistega taotluse esitanud lepingupool on sõlminud viisanõude kaotamise lepingu, kodanikele, välja arvatud siis, kui kolmanda riigi kodanik on inimröövi käigus sattunud taotluse saanud lepingupoole valitsemisalalt taotluse esitanud lepingupoole valitsemisalasse;
 3. kolmandate riikide kodanikele ja kodakondsuseta isikutele, kes peale taotluse saanud lepingupoole valitsemisalalt lahkumist ja enne taotluse esitanud lepingupoole valitsemisalale sisenemist on saanud mõne teise riigi viisa, välja arvatud juhul, kui

antud isik on inimröövi käigus sattunud taotluse saanud lepingupoole valitsemisalalt taotluse esitanud lepingupoole valitsemisalasse või ta kasutas riiki sisenemiseks võltsitud või valedokumente;

4. kolmandate riikide kodanikele või kodakondsuseta isikutele, kellele taotluse esitanud lepingupool on kas vastavalt 28. juulil 1951 Genfis vastu võetud ÜRO pagulasseisundi konventsioonile, muudetud 31. jaanuaril 1967 New Yorgis sõlmitud pagulasseisundi konventsiooni protokolliga, andnud põgenikustaatus, või siis vastavalt 28. septembril 1954 New Yorgis sõlmitud kodakondsuseta isikute staatuse konventsioonile kuulutanud kodakondsuseta isikuteks.
5. sellise riigi, millega taotluse esitanud lepingupoolel on ühine piir või mis paikneb ruumiliselt mõlema lepingupoole riikide valitsemisalade vahel, kodanikele ning kolmandate riikide kodanikele või kodakondsuseta isikutele, kellel on õigus pidevalt sellises riigis viibida, ja juhul kui on võimalik sinna riiki suunduda.

Artikkel 5

Viibimisloaks antud kokkuleppe tähenduses on ükskõik millist liiki ühe lepingupoole poolt väljastatud luba, mis annab õiguse nende valitsemisaladel viibida. Siiä hulka ei kuulu ühe lepingupoole valitsemisalal viibimiseks väljastatud tähtajaline viibimisluba, mis anti seoses asüülitaotluse läbivaatamisega.

Artikkel 6

- (1) Tagasivõtmistaotlus tuleb esitada 12 kuu jooksul peale taotlust esitavale lepingupoolele kolmandate riikide kodanike või kodakondsuseta isikute ebaseaduslikust sisenemisest või viibimisest teatavaks saamist.
- (2) Taotluse saanud lepingupool vastab talle adresseeritud tagasivõtmistaotlusele viivitamatult, kuid mitte hiljem kui 14 päeva jooksul. Kui taotluse saanud lepingupool keeldub isiku tagasivõtmisest, teatab ta taotluse esitanud lepingupoolele keeldumise põhjused.
- (3) Lepingupoole pädevad ametkonnad teavitavad teineteist eelnevalt kirjalikult tagasivõtmise kohast ja ajast.
- (4) Kolmandate riikide kodanikud või kodakondsuseta isikute tagasisaatmine leiab aset viivitamatult, kuid mitte hiljem kui kolme kuu jooksul peale seda, kui taotluse saanud lepingupool on isiku tagasivõtmisega nõustunud. Antud tähtaega pikendatakse taotluse esitanud lepingupoole palvel õiguslike või praktiliste takistuste kestmise ajaks.

Artikkel 7

Taotluse esitanud lepingupool võtab tagasi kolmanda riigi kodaniku või kodakondsuseta isiku, kui taotluse saanud lepingupool tegi peale tagasisaatmist kindlaks, et tingimused vastavalt artiklile 4 polnud täidetud.

III peatükk **Transiit**

Artikkel 8

- (1) Kumbki lepingupool võtab üle kolmandate riikide kodanike või kodakondsuseta isikute politseilise transiidi, kui teine lepingupool seda taotleb ja on tagatud isiku ülevõtmine sihtriigi poolt ning edasireisimine läbi võimalike edasiste transiitriikide.
- (2) Transiiti ei taotleta ja sellest võib keelduda, kui isikut ohustab sihtriigis või võimalikus edasises transiitriigis ebainimlik või alandav kohtlemine või karistus või surmanuhtluse täideviimine, või tema elu või vabadus oleks tema rassi, usu, rahvuse, teatud sotsiaalsesse gruppi kuulumise või tema poliitiliste vaadete tõttu ohus. Transiidist võib keelduda, kui kolmanda riigi kodanikku peaks ootama taotluse saanud riigis kohtueelne uurimine või kohtumenetlus või kui teda ähvardab sihtriigis või mõnes edasises võimalikus transiitriigis kohtueelne uurimine või kohtumenetlus.
- (3) Kui taotluse saanud lepingupool keeldub transiidist loetletud põhjuste puudumisel, siis teeb ta taotluse esitanud lepingupoolele teatavaks keeldumise põhjused.
- (4) Taotluse saanud lepingupoole transiitviisa ei ole vajalik.
- (5) Vaatamata juba antud nõusolekule võib transiidiks üle võetud isikuid teisele lepingupoolele tagasi anda, kui vahepeal ilmnevad või saavad teatavaks lõikes 2 nimetatud asjaolud, mis takistavad isiku transiiti, või kui pole tagatud edasine reisimine või ülevõtmine sihtriigi poolt.

IV peatükk **Saatmine**

Artikkel 9

- (1) Kui isikute transiit, keda vastavalt artiklitele 3 ja 4 üle võetakse või keda vastavalt artiklile 8 transiiditakse, peab toimuma koos saatmisega, teavitab taotluse esitanud lepingupool sellest taotluse saanud lepingupoolt.
- (2) Saatmine kuni isiku üleandmiseni taotluse saanud lepingupoolele teostatakse põhimõtteliselt taotluse esitanud lepingupoole poolt.
- (3) Kui isiku transiit, keda vastavalt artiklile 8 transiiditakse, toimub taotluse esitanud lepingupoole personali saatel, teostab taotluse saanud lepingupool õhu teel reisimise puhul vahemaandumisel järelvalvet lennujaamas.
- (4) Taotluse esitanud lepingupoole saatepersonal ei tohi taotluse saanud lepingupoole lennujaama rahvusvahelisest tsoonist lahkuda.

V peatükk Kulud

Artikkel 10

Kõik kulud kuni taotluse saanud lepingupoole piirini, mis on seotud isiku tagasisaatmisega vastavalt artiklitele 3 ja 4, samuti transiidi kulud vastavalt artiklile 8, kannab taotluse esitanud lepingupool. Sama kehtib tagasisivõtjuhtumite kohta vastavalt artikli 1 lõikele 2 ja artiklile 7.

VI peatükk Andmekaitse

Artikkel 11

(1) Juhul, kui käesoleva kokkuleppe täitmiseks on vaja edastada isikuga seonduvaid andmeid, tohivad need sisaldada eranditult informatsiooni:

1. tagasisaadetava isiku ja vajadusel perekonnaliikmete andmete kohta (perekonnanimi, eesnimi, võimalusel varasem perekonnanimi, muud võimalikud nimed, sünniaeg, -koht, sugu, praegune ja kui olemas, varasem kodakondsus);
2. passi, isikutunnistuse, muude isikut tõendavate ja reisidokumentide ning läbipääsulubade kohta (number, kehtivusaeg, väljastamiskuupäev, dokumenti väljastav ametkond, väljastamiskoht jne.);
3. muude tagasisaadetavate isikute tuvastamiseks nõutavate andmete kohta
4. peatuskohtade ja reisimarsruutide kohta;
5. väljastatud viibimislubade või viisade kohta;
6. muude olemasolevate isiku kindlakstegemist abistavate materjalide kohta, mis võivad olla olulised ülevõtmise tingimuste kindlaks tegemiseks vastavalt käesolevale kokkuleppele.

(2) Kui käesoleva kokkuleppe raames edastatakse isikuandmeid, kehtivad alljärgnevad tingimused, arvestades kummagi lepingupoole siseriiklike kehtivaid õigusakte:

1. saajal on lubatud kasutada andmeid ainult näidatud eesmärgil ja neid edastava ametkonna poolt ette kirjutatud tingimustel;
2. saaja teavitab andmeid edastanud ametkonna taotlusel edastatud andmete kasutamisest ja saavutatud tulemustest;
3. isikuandmeid tohib edastada ainult pädevatele ametkondadele. Andmete edastamine teistele ametkondadele võib toimuda ainult neid edastanud ametkonna eelneval nõusolekul;
4. andmeid edastav ametkond on kohustatud pöörama tähelepanu nii edastatud andmete õigsusele kui ka vajalikkusele ja sobilikkusele, silmas pidades edastamisega taotletavat eesmärki. Sealjuures tuleb silmas pidada vastavaid siseriikliku õiguse edastamiskeelde. Kui ilmneb, et edastati ebaõigeid andmeid või andmeid, mida ei oleks tohtinud edastada, tuleb sellest viivitamatult teavitada nende saajat. Ta on kohustatud saadud andmed korrigeerima või hävitama;

5. andmeid edastav ja andmeid saav ametkond on kohustatud dokumenteerima isikuandmete edastamise;
6. andmeid edastav ja andmeid saav ametkond on kohustatud tõhusalt kaitsma edastatud isikuandmeid lubamatu juurdepääsu, lubamatu muutmise ja lubamatu avaldamise eest.
7. Edastatud andmed, mis kustutatakse edastava ametkonna poolt, peavad olema ka saaja poolt kuue kuu jooksul kustutatud.

VII peatükk **Kokkuleppe rakendamise tingimused**

Artikkel 12

Kokkuleppe rakendamiseks vajalikud edasised regulatsioonid:

1. vastastikuse informeerimise viisi ja praktilise toimimisviisi kohta,
2. andmete kohta, mis peavad sisalduma tagasivõtmis- ja transiiditaotlustes,
3. dokumentide ja tõendusmaterjalide, täpsemalt öeldes dokumentide usutavust tõendavate näidiste kohta, mis on vajalikud isiku tagasisaatmiseks, ja antud näidiste tähtsuse kohta,
4. käesoleva kokkuleppe rakendamiseks pädevate ametkondade kohta,
5. kulude hüvitamise kohta ja
6. ekspertide kohtumiste korraldamise kohta

lepitakse kokku käesoleva kokkuleppe rakendamise protokollis.

VIII peatükk **Lõppsätted**

Artikkel 13

Lepingupooled abistavad teineteist käesoleva kokkuleppe ja selle rakendamise protokollis täitmisel ja tõlgendamisel. Lahkarvamused, mis võivad tekkida käesoleva kokkuleppe rakendamisel ja tõlgendamisel, lahendatakse diplomaatilisel teel.

Artikkel 14

Käesoleva kokkuleppe sätteid ei mõjuta teistest rahvusvahelistest lepingutest tulenevaid lepingupoolte kohustusi.

Artikkel 15

Kokkuleppe jõustub järgneva kuu esimesel päeval pärast päeva, mil lepingupooled teavitasiid teineteist diplomaatiliste kanalite kaudu, et nende vastavad siseriiklikud nõudmised kokkuleppe jõustumiseks on täidetud.

Artikkel 16

- (1) Kokkulepe sõlmitakse määramata ajaks. Kokkulepet võib muuta või täiendada mõlemapoolisel nõusolekul.
- (2) Kumbki lepingupool võib käesoleva kokkuleppe täideviimise tühistada, teavitades sellest diplomaatiliste kanalite kaudu. Tühistamine jõustub selle kuu esimesel päeval, mis järgneb sellele kuule, mil saadi teise lepingupoole vastavasisuline noot.
- (3) Kumbki lepingupool võib avaliku julgeoleku, korra või tervise kaitsesest lähtuvatest põhjustest käesoleva kokkuleppe ajutiselt peatada. Kokkuleppe täideviimise ajutine peatamine, mis toimub diplomaatiliste kanalite kaudu, jõustub 7 päeva peale vastavasisulise noodi saamist.

Sõlmitud ... *Tallinnas* ... *20.6.* 2001. aastal kahes originaalis, kumbki saksa ja eesti keeles, kusjuures mõlemad tekstid on võrdse jõuga.

Austria Vabariigi valitsuse nimel:

Strasser m. p.

Eesti Vabariigi valitsuse nimel:

Loodus m. p.

Protokoll

Austria Vabariigi valitsuse ja Eesti Vabariigi valitsuse vahel sõlmitud isikute tagasivõtmise kokkuleppe (tagasivõtmiskokkuleppe) rakendamise kohta

Vastavalt Austria Vabariigi valitsuse ja Eesti Vabariigi valitsuse vahel sõlmitud isikute tagasivõtmise kokkuleppe (edaspidi tagasivõtmiskokkuleppe) artiklile 12 on Eesti Vabariigi valitsus ja Austria Vabariigi valitsus kokku leppinud alljärgnevas:

I

Artikkel 1 juurde

- (1) Kodakondsust või varasemat kodakondsust tõendavaks dokumendiks on:
 - kodakondsust tõendavad dokumendid;
 - igat liiki passid (kodanike passid, grupipassid, diplomaadipassid, teenistuspassid, tagasipöördumistunnistused);
 - isikutunnistused;
 - sõjaväelaste teenistusraamatud ja sõjaväepiletid;
 - ametlikult väljastatud dokumendid, milles on ära märgitud kodakondsus
 - meremehe teenistusraamatud ja kaptenipassid;
 - ametkondadelt saadud selgesõnalised kirjalikud kinnitused.
- (2) Lõikes 1 nimetatud dokumentide esitamisel tunnistatakse kodakondsus tõendatuks, ilma et oleks tarvilik edasine kontroll.
- (3) Kodakondsust tõendavad usutavalt esmajärjekorras:
 - lõikes 1 nimetatud dokumentide koopiad;
 - juhiload;
 - sünnitunnistused;
 - töötõendid;
 - ametlikud tunnistused, mis on välja antud riiklike institutsioonide, maavalitsuste ja kohalike omavalitsuste poolt;
 - koopiad ülalnimetatud dokumentidest;
 - tunnistajate ütlused;
 - asjaosalise enda poolt esitatud andmed;
 - asjaosalise poolt kõneldav keel.
- (4) Kodakondsuse usutava tõendamise korral peavad lepingupooled seda senikaua tõendatuks, kuni taotluse saanud lepingupool pole tõestanud vastupidist.
- (5) Lõigetes 1 ja 3 nimetatud dokumentidega on kodakondsus tõendatud või usutavalt tõendatud ka siis, kui nimetatud dokumentide kehtivus on lõppenud.

- (6) Kui taotluse esitanud lepingupool võtab isiku uuesti tagasi, kuna läbi viidud järelkontrollimise käigus selgus, et antud isikul ei olnud taotluse saanud lepingupoole kodakondsust, peab taotluse saanud lepingupool taotluse esitanud lepingupoolele kõik antud isikule kuuluvad dokumendid tagastama.

II

Artikkel 2 lõike 1 juurde

Kodakondsuse kindlaks tegemise taotluses peavad lisaks isikuandmetele olema ära toodud, kui nõutud, alljärgnevad andmed:

- kodakondsuse kindlaks tegemiseks vajalik informatsioon;
- märkused haigusest või vanusest tulenevate vajaduste kohta arstiabile ja hooldusele koos tagasisaadetava isiku vastava nõusolekuga;
- konkreetsel juhtumil vajalikud muud kaitse- ja julgeolekumeetmed.

III

Artikkel 4 lõike 1 juurde

- (1) Tagasivõtmistaotluses peavad olema ära toodud taotluse saanud lepingupoole valitsemisalas viibimist või selle valitsemisala transiidina läbimist tõestavad andmed ja kui võimalik peavad selles sisalduma alljärgnevad andmed:

- tagasisaadetava isiku andmed (ees- ja perekonnanimed, varasemad nimed, muud võimalikud nimed, sünniaeg ja -koht, kodakondsus, viimane elukoht päritoluriigis, isikukood ja muud vajalikud andmed);
- isiku dokumentide kohta (eriti dokumendi liik, number, väljastamiskoht, väljastamisaeg ja dokumendi väljastanud ametkond, dokumendi kehtivusaeg);
- ebaseaduslikult riiki sisenemise kuupäev, koht ja viis;
- andmed ebaseadusliku riigis viibimise kohta;
- andmed isiku riiki sisenemise kohta aset leidnud inimröövi käigus vastavalt tagasivõtmiskokkuleppe artikli 4 lõike 2 punktides 2 ja 3 nimetatud juhtudele;
- haigusest või vanusest tuleneva vajaduse kohta arstiabile ja hooldusele koos üleantava isiku vastavasisulise nõusolekuga;
- muude tagasisaatmisel vajalike kaitse- või turvameetmete kohta ja saatjatega aset leidval isiku üleandmisel andmed saatjate kohta;
- tagasisaadetava isiku keelteoskus, eriti kui üleantava isikuga suhtlemiseks on vajalik tõlgi abi;
- kavandatava üleandmise aeg ja koht
- muud vajalikud andmed.

- (2) Taotluse saanud lepingupoole valitsemisalal viibimist või selle transiidina läbimist tõestatakse:

- taotluse saanud lepingupoole kehtiva või vähem kui aasta eest kehtetuks muutunud viisaga või mõne muu taotluse saanud lepingupoole kehtiva või vähem kui aasta eest kehtetuks muutunud viibimisloaga;

- taotluse saanud lepingupoole poolt reisidokumentidesse sisestatud sisse- ja väljasõitu tõendavate templitega, ka siis kui need on sisestatud võltsitud või valedokumentidesse;
- lennukipiletite, tõendite või arvetega, mis üheselt tõestavad isiku viibimist taotluse saanud lepingupoole valitsemisalal;
- muude, taotluse saanud lepingupoole valitsemisalal reisidokumentidesse tehtud märgetega, mis viitavad antud isiku viibimisele taotluse saanud lepingupoole valitsemisalal.

Antud tõendeid aktsepteerivad lepingupoole ilma edasist kontrolli nõudmata.

(3) Taotluse saanud lepingupoole valitsemisalal viibimist või selle transiidina läbimist tõestatakse usutavalt:

- taotluse saanud lepingupoole poolt väljastatud vähem kui aasta eest kehtetuks muutunud viisa või mõne muu taotluse saanud lepingupoole poolt väljastatud vähem kui aasta eest kehtetuks muutunud viibimisloaga;
- piletite ja muude tõenditega, mis tõestavad taotluse saanud lepingupoole territooriumil viibimist;
- tunnistajate ütlused koos ametkonna poolse kirjaliku tunnistusega;
- asjaosalise enda ütlused ametkonna poolt koostatud kirjalikus tunnistuses.

Sellisel viisil tõendatud materjale loevad lepingupoole õigeks seni, kuni taotluse saanud lepingupoole pole neid ümber lükanud.

(4) Tagasivõtmistaotluste esitamiseks ja nende läbivaatamiseks pädevad ametkonnad on:

- Austria Vabariigi poolt Austria Vabariigi siseministeerium
Bundesministerium für Inneres
Abteilung III/16
Aadress: A-1014 Wien, Postfach 100
Tel.: 43/1/53126/4621
Fax: 43/1/53126/464
- Eesti Vabariigi poolt Eesti Vabariigi Piirivalveamet
Aadress: Toompea 1
15183 Tallinn
Tel.: 372 6316 003 (juhtimiskeskus/ööpäevaringne valve)
Fax: 372 6316 004

IV

Artikkel 6 juurde

- (1) Isiku üleandmine leiab aset lepingupoole poolt kokku lepitud kohas ja ajal.
- (2) Juhul kui üleandmistähtaega pikendati tekkinud õiguslike ja praktiliste takistuste tõttu, teavitab taotluse esitanud lepingupoole, ära näidates kavandatava üleandmiskoha ja üleandmisaja, viivitamatult taotluse saanud lepingupoole antud takistuste kõrvaldamisest.
- (3) Aset leidnud isiku üleandmine protokollitakse.

V

Artikkel 7 juurde

Kui taotluse esitanud lepingupool võtab taotluse saanud lepingupoole põhjendatud palvel isiku uuesti tagasi, kuna aset leidnud järelkontrollimise käigus selgus, et isiku ülevõtmiseks vajalikud tingimused ei olnud täidetud, tuleb taotluse esitanud lepingupoolele tagastada kõik antud isiku dokumendid.

VI

Artikkel 8 juurde

- (1) Transiiditaotluses peavad olema vastavalt võimalusele ära toodud alljärgnevad andmed:
 - transiidil riiki läbiva isiku andmed (eriti ees- ja perekonnanimed, varasemad nimed, muud võimalikud nimed, sünniaeg ja –koht, sugu, kodakondsus, viimane elukoht päritoluriigis, isikukood ja muud vajalikud andmed);
 - isikut tõendavad dokumendid (eriti dokumendi liik, number ja kehtivusaeg);
 - kinnitus, et on täidetud kõik tagasivõtmiskokkuleppe artikli 8 lõikes 1 loetletud tingimused ja taotluse tagasi lükkamiseks vastavalt tagasivõtmiskokkuleppe artikli 8 lõikele 2 pole teada ühtegi põhjust;
 - transiidil riiki läbiva isiku haigusest või vanusest tuleneva vajaduse kohta arstiabile ja hooldusele koos antud isiku vastavasisulise nõusolekuga;
 - muud, antud konkreetsel juhul vajalikud kaitse- või julgeolekumeetmed; saatjatega transiidi puhul andmed saatjate kohta;
 - transiidi toimumise kuupäev, aeg ja koht, samuti edasine transiidi kulgemise marsruut.
 - muud vajalikud andmed.
- (2) Taotluse saanud lepingupool teavitab viivitamatult taotluse esitanud lepingupoolt isiku transiidiks ülevõtmisest, näidates oma nõusolekus ära transiidiks valitud kuupäeva, aja ja koha, või teatab transiidi lubamisest keeldumisest ja keeldumise põhjused.
- (3) Vahemaandumisel aset leidnud isiku üleandmine või järelvalve teostamine protokollitakse.
- (4) Transiiditaotluste esitamiseks ja nende läbivaatamiseks pädevad ametkonnad on:
 - Austria Vabariigi poolt Austria Vabariigi siseministeerium
Bundesministerium für Inneres
Abteilung III/6
aadress: A-1014 Wien, Postfach 100
tel: 43/1/53126/4621
fax: 43/1/53126/4648
 - Eesti Vabariigi poolt Eesti Vabariigi Piirivalveamet
aadress: Toompea 1
15183 Tallinn
Tel: 372 6316 003 (juhtimiskeskust/ööpäevaringne)
Fax: 372 6316 004

VII Artikkel 10 juurde

Peale tehtud kulutuste kohta arve saamist tasutakse see taotluse saanud lepingupoole siseministriumile 60 päeva jooksul.

VIII Ekspertide kohtumised

Vastavalt vajadusele korraldatakse mõlema lepingupoole vahel ekspertide kohtumisi, eriti mis puudutab käesoleva kokkuleppe ja selle rakendamise protokollide rakendamist, samuti seoses igasuguste muudatustega käesolevas kokkuleppes. Selliste konsultatsioonide toimumise aeg ja koht lepitakse kokku vastastikusel kooskõlastamisel.

IX Lõppsätted

- (1) Käesolev protokoll jõustub samaaegselt tagasivõtmiskokkuleppega. Protokollid võib igal ajal peale vastastikust kooskõlastust sisse viia muudatusi.
- (2) Tagasivõtmiskokkuleppe täitmise lõpetamisel lõpeb ka käesoleva protokollid kehtivus.

Sõlmitud Tallinnas 20.6 2001. aastal kahes originaalis, kumbki saksa ja eesti keeles, kusjuures mõlemad tekstid on võrdse jõuga.

Austria Vabariigi valitsuse nimel:
Strasser m. p.

Eesti Vabariigi valitsuse nimel:
Loodus m. p.

Die Mitteilungen gemäß Artikel 15 des Abkommens wurden am 19. Juli bzw. 13. August 2001 abgegeben; das Abkommen tritt gemäß seinem Artikel 15 mit 1. September 2001 in Kraft.

Schüssel